

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

SITZUNGSPERIODE 2004-2005

Nr. 20

Ausführlicher Bericht

27. Juni 2005

DEKRETVORSCHLAG ZUR SCHAFFUNG EINER AUTONOMEN HOCHSCHULE - DOKUMENT 13 (2004-2005) NR. 5

DISKUSSION UND ABSTIMMUNG

DER PRÄSIDENT.- Die allgemeine Diskussion ist eröffnet. Herr Minister Paasch hat das Wort.

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich handelt es sich hier um einen Dekretvorschlag und nicht um einen Dekretentwurf. Der Berichterstatter hat sowohl den Gegenstand der Debatten als auch den Inhalt des Hochschuldekretes bereits ausgiebig vorgestellt. Ich möchte diese Vorstellung nicht wiederholen, sondern vielmehr aus Sicht der Regierung eine inhaltliche Wertung des uns vorliegenden Textes vornehmen. Dabei steht für mich im Vordergrund meines Vortrages die Fragestellung, was die Regierung, was die gesamte Deutschsprachige Gemeinschaft von dieser neuen, autonomen Hochschule erwartet. Ich werde sodann klarstellen, welche Rahmenbedingungen wir der neuen Hochschule für die Erfüllung dieses Auftrags mit auf den Weg geben, und dann darlegen, inwieweit die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft überprüfen wird, ob und wie dieser Auftrag auch tatsächlich von der Hochschule erfüllt wird.

Wenn ich richtig informiert bin, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann verabschieden wir heute das umfangreichste Dekret seit Bestehen der Gemeinschaftsautonomie. In über 80 Seiten und mehr als 200 Artikeln wird nicht nur die Grundlage für die Zusammenlegung der drei bestehenden Hochschulen geschaffen, sondern auch eine zukunftsweisende Neugründung einer gemeinsamen autonomen Hochschule beschlossen.

Der Anlass wäre also äußerst günstig, heute nicht nur das an Artikeln und Seiten reichste Dokument zu kommentieren, sondern gleichzeitig auch zu versuchen, den Redezeitrekord in diesem Parlament zu brechen. Der Anlass wäre willkommen, aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, nach den Erfahrungen der beiden letzten Plenarsitzungen darf ich Ihnen sagen, dass ich das heute nicht vorhabe. Ich möchte mich kurz fassen, nicht ohne ... (*Zwischenruf*) ... Es kann auch eine Drohung sein! ... noch einmal kurz auf die Geschichte einzugehen, auf die Vorarbeit, die geleistet wurde, um dieses umfangreiche Dekret heute verabschieden zu können.

Bereits in der letzten Legislaturperiode sind unter der Federführung meines Amtsvorgängers Gentges sehr viele Vorarbeiten geleistet worden. Sie waren Grundlage für die Arbeit, die im letzten Jahr zu leisten war, um diese Neugründung zu vollziehen. Deshalb habe ich von Anfang an auch Verständnis gehabt für all jene, die Zweifel daran geäußert haben, dass wir dieses Vorhaben innerhalb von nur einem Jahr in die Tat umsetzen würden. Diese Zweifel waren angesichts des großen Arbeitsaufwandes, vor dem wir damals standen, sicherlich berechtigt. Umso stolzer bin ich natürlich, dass wir diese Zweifel heute widerlegen können.

Das ist aber nicht nur dem Unterrichtsminister zu verdanken. Daran haben sehr viele Personen mitgewirkt, ohne deren Mitarbeit das alles nicht möglich gewesen wäre. Deshalb nehme ich die Gelegenheit wahr, all jenen zu danken, die ihren Beitrag dazu geleistet haben.

Ich denke zunächst einmal an das Personal der drei bestehenden und jetzt zusammengelegten Hochschulen. Die Dozenten haben sich in den einzelnen Arbeitsgruppen sehr aktiv an der Erstellung von Lehrplänen und Bildungsinhalten beteiligt, um die Grundlagen für diese neue Hochschule zu schaffen. Sie haben auch an vielen Versammlungen mit ihren jeweiligen Trägern teilgenommen, Fragen gestellt, Antworten bekommen und Vorschläge gemacht, die zum Teil auch mit übernommen werden konnten. Aber dennoch steht zweifelsohne fest - das kann man unumwunden zugeben -, dass nicht jeder Dozent - auch heute noch - Anhänger des Prinzips der artikulierten Pluralität und dieser Neugründung ist.

Ich bin aber der festen Überzeugung, dass sich das ändern wird, und zwar spätestens dann, wenn die Dozenten aus den unterschiedlichen Netzen eine Zeit lang zusammengearbeitet haben, wenn sie bei der Erfüllung ihres Auftrages feststellen werden, dass die finanziellen Rahmenbedingungen dafür sehr

gut sind. Spätestens dann - davon bin ich überzeugt - wird auch ein harmonisches Zusammenarbeiten möglich sein, und ein jeder wird dann das Prinzip der neuen Hochschule annehmen.

Aber ich habe großes Verständnis dafür, dass jetzt zu Beginn einer solch neuen Phase, in der sich ja auch ein gesamtes Berufsumfeld verändert, noch die eine oder andere Frage offen bleibt und vielleicht noch die eine oder andere Angst besteht.

Danken möchte ich selbstverständlich auch den Gründerpartnern, den Trägern der bestehenden Hochschulen. Sie haben nicht nur ihre Absicht bekundet - in Belgien ein Novum -, eine Zusammenlegung von Schulen aus verschiedenen Netzen zu beschließen. Sie haben aus dieser Absicht auch ganz konkrete Schlussfolgerungen gezogen. Sie haben durch die Unterzeichnung des Gründungsabkommens diese Absicht umgesetzt. Die Gründerpartner haben sehr viele und oftmals sehr schwierige Entscheidungen treffen müssen, nicht zuletzt in Personalfragen. Wir mussten Entscheidungen treffen über die Besetzung der verschiedenen Verwaltungspositionen in der Hochschule, und nicht zuletzt mussten wir so grundlegende Entscheidungen treffen wie die Bezeichnung des Direktors oder auch die Bezeichnung der Fachbereichleiter. Die Gründerpartner haben den Auftrag, der ihnen durch das Sonderdekret vom 21. Februar 2005 gegeben wurde, einvernehmlich umgesetzt, indem sie diesen Direktor bezeichnet haben.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang über das zu schmunzeln, was im Moment ab und zu in bestimmten Rubriken der Tagespresse diskutiert wird. Ich kann Ihnen auch im Namen der Gründerpartner bestätigen, dass die Person meines Vaters niemals zur Diskussion gestanden hat, als es darum ging, einen Hochschuldirektor zu bezeichnen. Zu keinem Zeitpunkt habe ich gesagt, er sei der am besten geeignete Kandidat für diesen Job. Nein, die Gründerpartner waren sich sehr schnell einig darüber, wer der geeignete Kandidat für diesen Posten war, nämlich Herr Stefan Boemer, den wir dann auch bezeichnet haben.

Dankbar bin ich auch den Mitgliedern des Gründungsrates, die die so wichtige Koordination der einzelnen Arbeitsgruppen übernehmen mussten. Sie haben wichtige Weichen für die Definition von Bildungssäulen gestellt, zu vielen Standpunkten und Fragen Gutachten abgegeben und nicht zuletzt die sehr wichtige Vorarbeit zur Vorbereitung des neuen Schuljahres geleistet.

Danken möchte ich ebenfalls den Parlamentariern in diesem Hause, und ganz besonders den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses für Unterricht. Sie alle, werte Kolleginnen und Kollegen des Ausschusses, haben eine ganz lange Zeit sehr konstruktiv an diesem Dekret gearbeitet und feststellen können, dass die Regierung ihr Versprechen wahrgemacht hat, jeden Vorschlag, ob er nun aus der Mehrheit oder aus der Opposition kommt, sachlich und objektiv zu überprüfen und wenn irgendwie möglich auch umzusetzen. Das ist in vielen Fällen gelungen. Zahlreiche Ideen und Anregungen der CSP-Fraktion und der Ecolo-Fraktion sind in diesem neuen Text enthalten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich nun kurz darlegen, was die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft von der neuen, autonomen Hochschule erwartet. Wir glauben, dass wir heute nicht nur ein, sondern womöglich sogar „das“ Instrument zur Sicherung und zur Verbesserung der Bildungsqualität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft schaffen.

Wer den Auftrag, der im ersten Artikel des Dekretvorschlags definiert wird, detailliert liest, der wird wissen, warum wir diesen Anspruch formulieren. Wir möchten über diese neue autonome Hochschule allen Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern, allen Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern das notwendige Rüstzeug mit auf den Weg geben, damit sie ihren vielfältigen und zum Teil sehr schwierigen beruflichen Herausforderungen gerecht werden können. Das kann natürlich nur über Ausbildung, über Weiterbildung und über Zusatzausbildung geschehen. Deswegen ist diese autonome Hochschule in aller erster Linie eine Ausbildungs-, eine Weiterbildungs- und eine Zusatzausbildungseinrichtung.

Für den Bereich Krankenpflege haben wir Schlüsselkompetenzen definiert. Wir haben festgehalten, über welche Bildungsbereiche diese Schlüsselkompetenzen erreicht werden können. Wir haben im

Gründungsrat ein Stundenraster für das nächste Schuljahr ausgearbeitet, um sicher zu stellen, dass wir auch in Zukunft viele und gut ausgebildete Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger haben, die - das weiß jeder und das ist unumstritten - einen sehr wichtigen Beitrag zur Absicherung des Gesundheitswesens in der Deutschsprachigen Gemeinschaft leisten.

Für den Bereich Lehramt sind wir ähnlich vorgegangen. Wir haben zunächst einmal festgehalten, was ein Grundschullehrer nach Abschluss seines Studiums können muss, um später den Herausforderungen seines Berufs gerecht zu werden. Wir haben zehn Schlüsselkompetenzen definiert, die ich hier nicht alle aufzählen werde. Dennoch möchte ich auf die eine oder andere Kompetenz etwas näher eingehen.

Zunächst einmal wird festgehalten, dass die Grundschullehrerinnen und -lehrer das nötige Fachwissen erhalten, das sie später im Beruf vermitteln sollen. Dann wird festgehalten, dass sie in der Lage sein müssen, dieses Fachwissen klar und korrekt in ihrer Muttersprache zu vermitteln und in ihrer Muttersprache zu kommunizieren. Außerdem wird festgehalten, dass die Grundschullehrkräfte in der Lage sein müssen, bei den Kindern, die später zu betreuen sein werden, eine kulturelle und sprachliche Offenheit zu fördern. Des Weiteren muss der Grundschullehrer in der Lage sein, den Kindern bei der Identitätsfindung zu helfen und ihr allgemeines Verantwortungsbewusstsein für die Gesellschaft zu fördern. Ferner muss der Grundschullehrer in der Lage sein, mit Konflikten umzugehen und im Team zusammenzuarbeiten. Auch das wird ausdrücklich festgehalten. Schließlich und nicht zuletzt muss er in der Lage sein, seinen gesetzlich vorgeschriebenen Auftrag zu erfüllen, der wiederum in anderen Dekreten definiert wird, in denen die Entwicklungsziele und Schlüsselkompetenzen festgehalten werden.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Bildungspolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft kein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen ist, sondern Gegenstand einer sehr kohärent aufeinander aufbauenden Entwicklung. Der gesetzliche Auftrag für das, was ein Kind nach Abschluss der Grundschule und der ersten Sekundarstufe können muss, wurde definiert. Nunmehr wird definiert, was der Grundschullehrer können muss, damit die Kinder diese Ziele auch erreichen.

Wie können nun diese Schlüsselkompetenzen tatsächlich erreicht werden? Im Dekret werden Vorgaben gemacht und Bildungsbereiche festgehalten, anhand derer die Dozenten und Dozentinnen in der Lage sein müssten, die Grundschullehrer entsprechend auszubilden. Wir haben uns dabei von dem in der Bildungswissenschaft bekannten Grundsatz des „reflektierenden Praktikers“ leiten lassen. Das mag in der Umgangssprache ein Unwort oder ein Unbegriff sein, dahinter steckt aber sehr viel.

Der Grundschullehrer muss ein Praktiker sein. Er muss mit Kindern umgehen können. Er muss Kindern etwas vermitteln können. Gleichzeitig muss er aber auch dazu in der Lage sein, zu reflektieren, was denn nun die eine oder andere Unterrichtsaktivität konkret bedeutet und wie sie in ein Gesamtkonzept und in einen Gesamtzusammenhang einzuordnen ist. Er muss sich also sehr wohl bewusst sein, welche Bedeutung jede einzelne praktische Aktion vor Ort hat.

Von diesem Grundsatz ausgehend, wurden die Bildungsbereiche definiert. Logischerweise werden das Vermitteln von Fachwissen und didaktischen Kenntnissen den größten Unterrichtsblock mit mindestens 1.485 Stunden ausmachen. Infolge dieses Prinzips wird der zweitgrößte Unterrichtsblock die reflektierende Verbindung zwischen Theorie und Praxis mit mindestens 600 Stunden sein. In diesem Zusammenhang wird genau festgehalten, wie viel Wert wir auf die praktische Ausbildung der Grundschullehrerinnen und -lehrer legen.

In diesem Zusammenhang erinnere ich noch einmal an das Grundkonzept der praktischen Ausbildung. Zum einen werden an der Hochschule Laboratorien geschaffen, Ateliers, in denen Unterrichtsstunden mit Unterstützung der Dozenten für praktische Unterweisung simuliert werden können. Gleichzeitig wird weiterhin die Möglichkeit bestehen, Übungsstunden in anderen Schulen abzuhalten. In einer ersten Phase wird dort sicherlich auf die bereits bestehende Übungsschule zurückgegriffen werden können. In einer zweiten Phase ist angedacht - ich hatte das bereits dargelegt -, auf mehrere Schulen

zurückzugreifen, damit der Grundschullehrer unterschiedliche Schulkulturen und unterschiedliche Schulprojekte kennen lernen kann.

Nicht zuletzt werden wir in diesem Unterrichtspaket selbstverständlich auch die so genannten Praktika durchführen, die es dem Grundschullehrer in einer dritten Phase erlauben werden, ganz konkret in unterschiedlichen Schulen zu unterrichten und den Berufsalltag kennen zu lernen. Dieses Paket nimmt einen großen Raum ein und wird bereits - wenn man das Stundenraster kennt - im ersten Jahr von Bedeutung sein. Insgesamt werden im nächsten Jahr dafür 190 Stunden zur Verfügung gestellt. Schließlich - aber darauf komme ich am Ende meiner Ausführungen noch einmal zurück - wollen wir auch innerhalb dieser Hochschule neue innovative Modelle entwickeln, die einen zusätzlichen Beitrag zur praktischen Ausbildung leisten sollen. Weitere Unterrichtsblöcke sind selbstverständlich die professionelle Identität, das wissenschaftliche Arbeiten inklusive der wichtigen Abschlussarbeit und die Möglichkeit, bestimmte Wahlfächer in Anspruch zu nehmen.

Sie sehen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in diesem Dekret genau definiert, was wir von der Hochschule erwarten, und gleichzeitig und genau festgehalten, über welche Bildungsbereiche die definierten Ziele erreicht werden sollen. Es ist keinesfalls ausgeschlossen, dass zusätzlich zu den genannten Erstausbildungen - wobei natürlich auch die Sekundar- und die Postsekundarausbildung in der Krankenpflegeschule nicht vergessen werden darf - weitere Ausbildungen hinzukommen werden.

Sehr wahrscheinlich wird die autonome Hochschule auf die Entwicklungen im Bildungswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingehen müssen und sich dabei selbst weiterentwickeln. Es kann durchaus sein, dass die Autonome Hochschule ihr Angebot im Laufe der Zeit ausdehnen wird. Ich erinnere zum Beispiel daran, dass wir bereits in kürzester Zeit einen Lehrermangel insbesondere in den Unterstufen der Sekundarschulen befürchten müssen. In diesem Zusammenhang ist es sicherlich lohnend, einmal darüber nachzudenken, ob und wie die autonome Hochschule einen Beitrag dazu leisten kann, diesem Lehrermangel entgegenzuwirken. Wir haben bereits mit der Universität Lüttich mehrere Gespräche geführt, infolge derer wir versuchen werden, auch diesbezüglich neue Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen, auf die ich im Moment nicht detaillierter eingehen werde, weil die entsprechenden Verhandlungen noch nicht abgeschlossen sind.

Ich sagte es bereits, die Hochschule als Motor für die Verbesserung der Bildungsqualität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist nicht nur eine Erstausbildungseinrichtung, sie ist auch eine Weiterbildungseinrichtung. Selbstverständlich müssen wir auch den bereits in den verschiedenen Schulen tätigen Lehrpersonen nötiges und zusätzliches Rüstzeug mit auf den Weg geben, damit sie ihren schwierigen Herausforderungen begegnen können. Wir denken an ganz konkrete Weiterbildungsprojekte, die bereits jetzt in der Vorbereitung sind, beispielsweise im Bereich der Heilpädagogik oder auch der Sprachenkompetenz, der Muttersprachen- und der Fremdsprachendidaktik, beispielsweise in der Klassenführungscompetenz oder auch im Schulmanagement. Das sind konkrete Weiterbildungsangebote, die in Planung sind und für die wir natürlich dringend Kooperationen mit anderen Partnern im In- und Ausland brauchen, ohne die wir das alleine in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht schaffen können. Das zeigt noch einmal sehr deutlich, wie wichtig auch die außenpolitischen Kontakte der Deutschsprachigen Gemeinschaft sind.

Schließlich ist die autonome Hochschule auch eine Zusatzbildungseinrichtung. Das Dekret sieht ausdrücklich vor, dass Zusatzausbildungen angeboten werden können, insbesondere natürlich im Bereich der Krankenpflege, von dem wir wissen, dass eine ganze Reihe von Zusatzausbildungen nötig sein werden. Verschiedene Anträge liegen bereits vor. Ich denke hierbei an die Wundpflege, die Diabetes und andere Themen.

Natürlich wird diese Hochschule auch im Bereich Lehramt Zusatzausbildungen anbieten können, nicht sofort, aber mittelfristig. Spätestens dann, wenn wir im Rahmen unseres Gesamtkonzeptes zur Steigerung der Bildungsqualität und bei der Bearbeitung des anstehenden Dekrets über das Sonderschulwesen beispielsweise über den Integrationslehrer reden werden, wird erkennbar, dass wir eine entsprechende Zusatzausbildung im Bereich der Heilpädagogik anbieten müssen. Das gilt

übrigens für viele Ämter, die man schaffen könnte oder die in der Diskussion sind, beispielsweise die Zusatzausbildung der Mediothekare oder auch Zusatzausbildungen im Bereich der Sprachenkompetenzförderung.

Bei all diesen Punkten gilt es - so steht es im ersten Artikel des Dekretvorschlags -, drei Querschnittsaufgaben zu berücksichtigen, die von besonderer Bedeutung sind. Sie sind integraler Bestandteil des Auftrags: Erstens ist bei jedem einzelnen Programm auf die Nachhaltigkeit, die nachhaltige Entwicklung zu achten; zweitens ist dem Bereich der Gesundheitserziehung eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und schließlich und sicherlich nicht zuletzt ist die Mehrsprachigkeit zu fördern. Die Förderung der Mehrsprachigkeit ist integraler und ausdrücklicher Bestandteil des Auftrages dieser Hochschule.

Wir vertreten die feste Überzeugung - übrigens im Einvernehmen mit dem Gründungsrat -, dass wir die Mehrsprachigkeit an der neuen Hochschule weniger durch Theorie als vielmehr durch Praxis verbessern müssen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Studentinnen und Studenten, die zukünftigen Krankenpfleger und Grundschullehrer in praktischen Kontakt kommen mit Fremdsprachen, insbesondere natürlich mit der ersten Fremdsprache Französisch.

Deswegen legen wir schon seit einiger Zeit so viel Wert darauf, Kontakte für diese autonome Hochschule zu knüpfen, damit sie in die Lage versetzt wird, bestimmte Zusammenarbeitsabkommen, besonders mit Einrichtungen der Französischen Gemeinschaft zu schließen, damit ein ausreichendes Austauschangebot zur Verfügung gestellt werden kann, das - das ist unser fester Wille, sobald es besteht - auch verpflichtend für jeden einzelnen Studenten eingeführt werden soll. Jeder Student und jede Studentin soll an einem Austauschprogramm in der Französischen Gemeinschaft teilnehmen. Jeder soll eine sprachliche Immersion erleben, damit er auch tatsächlich in der Lage ist, beispielsweise später, wenn es um die Entwicklungsziele im Kindergarten geht, den Kindern einen spielerischen Umgang mit der Fremdsprache zu ermöglichen und gleichzeitig deren Interesse an der Mehrsprachigkeit zu wecken.

Ich sage das hier in aller Deutlichkeit, damit es jeder weiß und niemand es vergisst: Ich bin der festen Überzeugung, dass mittelfristig an dieser Hochschule kein Student der ersten Fremdsprache aus dem Weg gehen kann.

Wir haben also die Ausbildung, die Weiterbildung, die Zusatzausbildung und die Querschnittsaufgaben. Ein wichtiges Element, um diesem Auftrag gerecht zu werden, ist natürlich die Motivation der Studenten. Wir müssen jedem Studenten klar machen, dass er einen schwierigen Beruf anstrebt und dass er dafür ein anspruchsvolles Studium wählt. Um sicher zu gehen, dass das auch jedem einzelnen Studenten bewusst ist, haben wir im Dekret die Einführung von Eignungstests bzw. Zulassungstests vorgesehen, die innerhalb der nächsten beiden Jahre in der Hochschule eingeführt werden.

Für all diese Aufgabenstellungen wird es für die Hochschule von besonderer Bedeutung sein, mit Partnern im In- und Ausland zu kooperieren: Kooperation zunächst natürlich mit innerbelgischen Einrichtungen. Dabei denke ich insbesondere an den „Pôle mosan“. Der „Pôle mosan“, dem sehr viele Hochschulen und Universitäten angeschlossen sind, würde uns, wenn wir denn dort aufgenommen würden, eine Vielzahl von neuen Partnerschaftsmöglichkeiten aufzeigen. Ich denke, dass wir aufgrund der bestehenden Kontakte und der schriftlichen und mündlichen Diskussionen, bereits in dieser Woche in diesem Bereich einen entscheidenden Schritt weiterkommen werden. Des Weiteren wird die Kooperation mit Fachhochschulen im In- und Ausland von Bedeutung sein und nicht zuletzt natürlich mit den Universitäten, die dem Alma-Verbund angegliedert sind.

Diese neue autonome Hochschule soll Bestandteil des Europäischen Hochschulraumes sein. Es soll eine sehr offene Bildungseinrichtung werden, und deswegen haben wir im Dekret alle Voraussetzungen dafür geschaffen, dass diese Hochschule in den Europäischen Hochschulraum aufgenommen werden kann. Wir haben ausdrücklich festgehalten, dass wir uns an den Richtlinien von Bologna orientieren. Die Mobilität von Studenten wird bereits im Auftrag der Hochschule in den

Vordergrund gerückt. Programme wie „Erasmus“ und „Erasmus-Belgica“ werden von Bedeutung sein. Man sieht schon an der Terminologie der Diplome, wenn beispielsweise von „Bachelor“ die Rede ist, dass wir auch diese Terminologie bereits verinnerlicht haben. Wir haben die Möglichkeiten geschaffen, um jede einzelne Unterrichtsaktivität mit den so genannten ECTS-Punkten oder Credit-Points zu versehen, damit auch im internationalen Vergleich eine Anerkennung stattfinden kann, und wir haben den Diplomzusatz eingeführt, der auch eine Grundvoraussetzung dafür ist, sich in diesem Raum zurechtzufinden.

Die neue Hochschule wird neben all dem, was ich bereits aufgeführt habe, auch neue Konzepte entwickeln können. Ich denke beispielsweise ganz konkret an das Propädeutikum oder - das ist mindestens genauso wichtig - an die Begleitung von Berufseinsteigern. Wir wissen, dass wir einen Nachholbedarf im Hinblick auf die Begleitung von Berufsanfängern haben. Wenn neue Grundschullehrerinnen und -lehrer ihren Beruf antreten, entsteht oftmals ein Praxisschock, dem entgegengewirkt werden muss. Deshalb wird die neue Hochschule Konzepte des Mentoring, des Coaching, der Unterstützung von jungen Lehrerinnen und Lehrern entwickeln.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was erhoffen wir uns von dieser autonomen Hochschule? Welche Rahmenbedingungen stellen wir zur Verfügung, damit sichergestellt werden kann, dass sie diesen Auftrag auch tatsächlich erfüllt? Zunächst einmal haben wir eine sehr offene und sehr moderne Rechtsform gewählt. Wir haben bereits im Sonderdekret sehr viele Mitwirkungsgremien geschaffen, die dafür Sorge tragen, dass ein jeder an den Entscheidungen teilnimmt. In diesem heute vorliegenden Dekretvorschlag schaffen wir nun auch ein - jedenfalls für unsere Verhältnisse - sehr modernes Dienstrecht, das eben bereits in der Berichterstattung des Ausschussberichterstatters kurz skizziert wurde.

Ich möchte das nur ganz kurz hier noch einmal erwähnen: Die Arbeitszeit der Dozenten beträgt 38 Stunden zu 60 Minuten und ist etwas Neues im Bildungswesen; davon entfallen 16 Stunden zu 60 Minuten auf das Unterrichten. Es wird in Zukunft niemand mehr behaupten können - es wäre ohnehin falsch gewesen, aber diesmal ist es auch nachweisbar -, Dozenten würden keine 38 Stunden arbeiten. Das Dekret stellt ganz ausdrücklich klar, dass Dozenten sehr wohl 38 Stunden arbeiten und arbeiten müssen.

Auch bestimmte Urlaubsregelungen sind innovativ und sorgen für Planungssicherheit. Die Frage, wie mit der Beurteilung von Dozenten umgegangen wird, wird sehr modern geregelt. Den Beurteilungsberichten wird große Aufmerksamkeit geschenkt. Nicht zuletzt auf Grundlage eines Vorschlags der Ecolo-Fraktion haben wir auch den Studenten diesbezüglich ein Mitspracherecht eingeräumt. Ferner werden in diesem Dekret alle Aufträge für alle Personalmitglieder definiert, und das sehr genau, sodass jeder weiß, was er in dieser Hochschule zu tun hat. Es werden Mandate für die wichtigsten Direktionsfunktionen eingeführt, und es werden Bewertungsberichte verlangt, um zu ergründen, ob denn nun der Kandidat wirklich der ideale war oder ob er nach Auslaufen seines Mandats zu ersetzen sein wird. Wir schaffen ebenso die Möglichkeit, auf Gastdozenten zurückzugreifen, die im Übrigen die entsprechenden Unterrichte auch in ihrer Muttersprache erteilen dürfen.

Eine zweite wichtige Rahmenbedingung ist natürlich die Finanzierung der autonomen Hochschule. Ich sage noch einmal sehr deutlich - das wird ja im Dekret erkennbar -, dass mit dieser Zusammenlegung keine Sparmaßnahme verbunden war, sondern dass es vielmehr darum ging und auch weiterhin darum gehen wird, die jetzt frei werdenden Synergien noch bedarfs- und ergebnisorientierter einzusetzen. Deshalb haben wir für die nächsten Jahre das Stundenkapital und auch die Funktionssubventionen bzw. -dotationen auf einem sehr interessanten Niveau eingefroren. Hinzu kommen die üblichen Mittel für pädagogische Zwecke. Dieser finanzielle Rahmen ist ein äußerst günstiger Rahmen, der es uns ermöglichen sollte, die Ausbildung von Grundschullehrern und Grundschullehrerinnen, von Krankenpflegern und Krankenpflegerinnen weiter zu verbessern und neue Aufgaben wie das eben erwähnte Coaching, die Unterstützung von neuen Lehrkräften zu betreiben. Im Übrigen - die Diskussion ist ja auch nicht uninteressant - verlangen wir sehr geringe Einschreibegebühren von den Studenten und Studentinnen.

Ein modernes Dienstrecht, eine interessante finanzielle Absicherung, eine innovative Rechtsform usw., all das sind günstige Rahmenbedingungen. Auf den Standort brauche ich heute nicht mehr detailliert einzugehen. Nur eines vorweg: Selbstverständlich werden wir im nächsten Jahr kein Standortproblem haben. Wir planen zwar mittelfristig den Umzug in das PDG-Gebäude, aber in der Übergangsphase können wir an der Monschauer Straße sicherlich eine Ausbildung organisieren, die den berechtigten Ansprüchen gerecht wird.

Ein letztes Wort zu der Frage, wie wir denn dafür Sorge tragen können, dass die Hochschule angesichts der günstigen Rahmenbedingungen ihren Auftrag auch tatsächlich effizient erfüllt und unserem Anspruch gerecht wird. Auch das wird gewährleistet über eine interne und externe Qualitätskontrolle. Alle fünf Jahre wird die Hochschule sich selbst evaluieren müssen, und das in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Experten und Bildungseinrichtungen. Gleichzeitig wird die Qualität durch externe Experten überprüft. Wenn die Berichte nicht zufriedenstellend ausfallen sollten, hat die Regierung die Möglichkeit, Sanktionen zu beschließen und Funktionsmittel zurückzufordern, denn für die Regierung ist naturgemäß wichtig, dass die Hochschule mit diesen großzügig bemessenen Mitteln auch tatsächlich das erreicht, was wir uns alle von ihr versprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich kurz zusammenfassen: Wir haben einen anspruchsvollen Auftrag für diese Hochschule definiert. Wir möchten Krankenpfleger und Lehrer bestmöglich auf ihr Berufsleben vorbereiten. Wir möchten ihnen permanente, bedarfsorientierte Weiterbildungen anbieten. Wir haben die Voraussetzungen für Zusatzausbildungen geschaffen, die es uns in der Deutschsprachigen Gemeinschaft erlauben werden, auf neue konkrete Bedürfnisse einzugehen. Wir haben für all das gute Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt und dafür Sorge getragen, dass die Möglichkeit besteht, auch tatsächlich zu kontrollieren, ob die Qualität der Ausbildung so ist, wie sie sein sollte.

Dies schließt nicht aus, dass dieses Dekret noch einmal abgeändert werden wird. Ich bin mir sogar sehr sicher, dass Abänderungen notwendig sein werden, denn wir haben bestimmte Übergangsbestimmungen beschlossen - beispielsweise beim Einfrieren des Stundenkapitals -, die spätestens in vier Jahren neue dekretale Bestimmungen erfordern werden. Selbstverständlich kann die konkrete Erfahrung - ich denke dabei unter anderem an die Qualitätskontrolle - neue Erkenntnisse bringen, die wiederum dekretale Abänderungen notwendig machen werden.

Meines Erachtens haben wir in diesem Jahr wichtige Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Bildungsqualität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft gesichert und verbessert werden kann. Wir schaffen heute ein entscheidendes, wichtiges Instrument dazu. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, SP und PFF)

HERR PAASCH, Minister.- Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur kurz meiner großen Zufriedenheit darüber Ausdruck verleihen, dass der sehr konstruktive Dialog, der große Konsens, den wir während eines ganzen Jahres in zahlreichen Ausschusssitzungen erlebt haben, sich heute fortgesetzt hat, bis hin – so vermute ich doch – zur Abstimmung. Ich danke den vielen Rednern insbesondere der Mehrheit, aber auch von Ecolo und Vivant dafür, dass sie so viele positive Aspekte hervorgehoben haben und alle der Meinung sind, dass wir hier die richtigen Weichen für die Sicherung und Steigerung der Bildungsqualität in der Deutschsprachigen Gemeinschaft stellen und dass wir ein modernes, offenes Instrument hierfür schaffen.

Auch die CSP – das sollte man wissen – hat während zwei Lesungen und unzähliger Ausschusssitzungen konstruktiv an diesem Dekret mitgearbeitet. Erst in allerletzter Minute, ob Zufall oder nicht, kurz nachdem wir das Gründungsabkommen unterzeichnet hatten und feststand, dass die neue, autonome Hochschule geschaffen werden konnte, erst dann, scherte die CSP urplötzlich aus dem allgemeinen Konsens der Ausschussberatungen aus. Zunächst zaghaft und heute doch sehr heftig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSP! Ihnen wird nicht entgangen sein, dass Sie sich heute isoliert haben. Sie sind die Einzigen, die aus diesem Konsens ausgeschert sind, und Sie haben ganz gezielt aus niederen parteipolitischen Motiven einen Streit vom Zaun gebrochen, von dem Sie glauben, das er Ihnen selbst dient. Ich kann Ihnen aber versichern, dass er höchst kontraproduktiv, destruktiv und verantwortungslos für die Entwicklung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist. Das Schlimmste an diesem verantwortungslosen Handeln ist der Anlass, den Sie gewählt haben, um aus diesem Konsens auszuscheren. Sie haben den Streit gesucht, vom Zaun gebrochen und an der Frage der Mehrsprachigkeit aufgehängt. Die Rede von Kollege Chaineux ist für mich ein nachdrücklicher Beweis dafür, dass die CSP immer noch nicht in der Lage ist, verantwortungsbewusst zu handeln und in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Verantwortung zu übernehmen. Er hat ganz bewusst den Eindruck erweckt, dass diese Mehrheit die Mehrsprachigkeit nicht ausreichend fördern wolle. Er sprach sogar von Rückschritt.

Abgesehen davon, dass das eine unverschämte Unterstellung und Beleidigung ist, haben Sie es diesmal sogar geschafft, nicht nur mir diesen unberechtigten Vorwurf zu machen, sondern der gesamten Regierung, der gesamten Mehrheit, der Ecolo-Fraktion, der Vivant-Fraktion und den Gründerpartnern vorzuwerfen, die Mehrsprachigkeit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft nicht fördern zu wollen. Sie werden selbst einsehen, dass dieser Vorwurf völlig lächerlich ist. Das Konzept, dass diese Regierung, diese Mehrheit und auch große Teile der Opposition und die Gründerpartner zur Förderung der Mehrsprachigkeit ausgearbeitet haben, ist ein seriöses Konzept, das mit vielen Fachleuten und Meinungen untermauert werden konnte.

Ich habe das Konzept an dieser Stelle schon oft erklärt. Ich wiederhole daher nur einige Ansätze. Die Aufgabe der neuen, autonomen Hochschule besteht darin, Grundschullehrer auszubilden. An dieser Hochschule studieren Studenten, die sehr viel theoretischen Französischunterricht gehabt haben, u.a. auch über Fachunterricht in den Sekundarschulen, bevor sie das Studium an der autonomen Hochschule aufnehmen. Die Aufgabe der Hochschule in Bezug auf die Mehrsprachigkeit ist es nun, über Französischunterricht diese Theorie weiter auszubauen, vor allem aber die Möglichkeit dafür zu schaffen, dass diese Studenten auch tatsächlich praktisch in Kontakt mit der französischen Sprache kommen. Das kann nur über Austauschprogramme geschehen. Deshalb haben wir dafür die dekretalen Grundlagen geschaffen und, wie ich Ihnen versichern kann, auch die notwendigen Kontakte aufgenommen. Diese Kontakte haben wir sehr genau und bewusst geknüpft. Wir werden sehr schnell erleben, ob aus diesen Kontakten etwas Konkretes wird, ob wir beispielsweise Mitglied des „Pôle mosan“ werden können oder ob es sich wirklich nur um Absichten handelt, wie Sie uns vorwerfen.

Ich möchte aber auch in aller Deutlichkeit sagen, dass der Auftrag der neuen Hochschule nicht nur in der Förderung der Mehrsprachigkeit besteht. Das Ziel der autonomen Hochschule kann nicht ausschließlich darin bestehen, aus allen Studenten mehrsprachige Menschen zu machen. Ich denke, wir sollten nicht vergessen, dass der Auftrag der Hochschule auch darin bestehen muss, gute Krankenpfleger/innen und gute Grundschullehrer auszubilden, die ihrem gesetzlich vorgeschriebenen Auftrag gerecht werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir schaffen heute eine sehr offene Bildungseinrichtung. Bis auf die CSP haben das auch alle Redner erkannt. Wir haben diese Bildungseinrichtung in den Bologna-Prozess eingebunden. Diese internationale Ausrichtung war übrigens nicht die Idee und schon gar nicht das Verdienst der CSP-Fraktion, das haben wir alle gemeinsam selbst zu Stande gebracht. Auch in Bezug auf die Zulassungsbedingungen ist das Dekret offen und vor allem sehr klar. Den von Ihnen angedeuteten Fall kenne ich nicht, Herr Niessen. Ich kann Ihnen nur sagen, dass es für Einschreibungen, die angenommen oder abgelehnt werden, sehr klare rechtliche Grundlagen gibt, die in den Artikeln 3.1.ff sehr genau definiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese offene Bildungseinrichtung - und davon bin ich genau wie die Redner aller Fraktionen außer denjenigen der CSP überzeugt - wird wirkliche Grundlagen schaffen können, um die Ausbildung, die Weiterbildung, die Zusatzausbildung zu verbessern und sie wird damit ein wichtiges Instrument zur Steigerung der Bildungsqualität in unserer Gemeinschaft sein. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

(Applaus bei der PJU/PDB, PFF und SP)